

Datum: 13.02.2007

Balance von Freiheit und Sicherheit wahren

Der 10. Europäische Polizeikongress begann am 13. Februar in Berlin. 2000 Teilnehmende tauschen sich dort über Konzepte und Technologien gegen den Terrorismus aus. Damit ist er der europaweit größte Fachkongress zur Inneren Sicherheit.

Eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Kampf gegen den Terrorismus hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries gefordert. Außerdem warnte sie auf dem Europäischen Polizeikongress vor heimlichen Online-Durchsuchungen von Computern.

Die Rechtsgrundlage für eine bessere Zusammenarbeit seien in jedem europäischen Land gegeben, sagte Zypries. Aber die Informationen müssten zwischen den Sicherheitsdiensten mehr ausgetauscht werden.

Zypries warnt vor staatlichem Eingriff

Die Justizministerin schlug vor, zunächst zu prüfen, ob Online-Durchsuchungen überhaupt gebraucht würden.

"Wer die Verfassung ändern und das 'staatliche Hacken' erlauben will, der trägt die Darlegungslast. Der muss sehr überzeugend nachweisen, dass dieser tiefe Eingriff in die bürgerliche Freiheit zu enormen Vorteilen bei der Bekämpfung schwerster Verbrechen führt. Ich bin sehr skeptisch ob dies gelingen kann", sagte Zypries.

Fremdenfeindlichkeit europaweit verfolgen

Menschen, die zum Rassenhass und zur Fremdenfeindlichkeit aufstacheln, sollen in der gesamten Europäischen Union verfolgt werden können.

Wer dazu aufrufe, Straftaten gegen Menschen zu begehen, missbrauche die Freiheit, sagte Zypries.